



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

zu „Humanitäres Aufnahmeprogramm für Geflüchtete von den griechischen Inseln“ (Drs. 19/2133)

Europäische Solidarität mit den Geflüchteten in Griechenland

Der Landtag wolle beschließen:

Das Land Schleswig-Holstein hat seine Bereitschaft, besonders schutzbedürftige Menschen in Schleswig-Holstein aufzunehmen, unter anderem mit dem humanitären Landesaufnahmeprogramm zum Ausdruck gebracht. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung darüber hinaus der Bundesregierung im Februar 2020 verbindlich angeboten hat, 25 bis 30 der jungen Flüchtlinge aus Lesbos in Schleswig-Holstein aufzunehmen, und zwar unabhängig von einer Entscheidung der Bundesregierung über eine Gesamtaufnahmezusage Deutschlands. Der Landtag bittet die Landesregierung, ihr Angebot zu wiederholen und bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass den in Not befindlichen minderjährigen Flüchtlingen, die besonders unter den verheerenden Zuständen in dem Flüchtlingslager Moria auf Lesbos leiden, sowohl vor Ort als auch durch Aufnahme in Deutschland geholfen wird. Auch Dank der Bereitschaft zahlreicher Kommunen in unserem Land, weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen, ist es der Landesregierung möglich, dass sie ihre Hilfs- und Aufnahmebereitschaft gegenüber der Bundesregierung vernehmbar machen kann.

Der Landtag sieht mit großer Sorge die Berichte, wonach in den Lagern rechtsstaatliche Grundprinzipien nicht gewährleistet sind und bittet die Landesregierung, sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards vor Ort einzusetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung sich mit Nachdruck auf Bundes- und Europaebene für eine grundlegende Reform der europäischen Asyl- und

Migrationspolitik, sowie des Flüchtlingsrechts einzusetzen und die angekündigten Reformpläne der EU-Kommission aktiv zu unterstützen.

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Aminata Touré
und Fraktion

Jan Marcus Rossa
und Fraktion